



DAS EXPERTENINTERVIEW

„DIE POLITIK HAT GROSSE ANGST VOR DEN STAMMTISCHEN!“

Er sei fast ein Methusalem, sagt Dieter Oberndörfer von sich selbst. Nichtsdestoweniger gehört der emeritierte Politologe als Verfechter einer humanen Einwanderungspolitik zu den renommierten Migrationsexperten in Deutschland. Ein Gespräch mit den 360°-Redakteuren Max Haerder, Sebastian Merz und Markus Siewert über die Frage, warum er Menschen eher davon abraten würde, nach Deutschland auszuwandern, das deutsche Flüchtlingsrecht unmenschlich ist und man bei der deutschen Zuwanderungspolitik von einer Kapitulation der Politik sprechen muss.

360°: Herr Oberndörfer, würden Sie einem Menschen empfehlen, nach Deutschland auszuwandern?

Oberndörfer: Das kommt ganz darauf an. Eine Empfehlung würde zunächst von der individuellen beruflichen Qualifikation eines Ausländers abhängen. Dabei müsste man genau hinschauen, ob der Zuwanderer hier in seinem Bereich wirklich die Zukunftschancen hat, die er erwartet. Darüber hinaus wäre für mich die Frage entscheidend, ob die von der Politik geschaffenen derzeitigen Bedingungen für Zuwanderer in Deutschland beibehalten werden. Zuletzt wäre ein Kriterium,

ob die jetzige Kultur der Unfreundlichkeit gegenüber Ausländern anhalten wird, wie sie in großen Teilen unserer Gesellschaft besteht. Um es kurz zu sagen: Ich würde es mir gründlich überlegen. Wir tun so, als ob wir ein einwandererfreundliches Land sind, aber das ist Unfug. Viele Länder wie etwa Kanada, aber auch die USA haben uns da einiges voraus.

360°: Wieso tun sich die Deutschen denn so schwer mit dem Thema Zuwanderung?

Oberndörfer: Bei uns spielen ideologische Überbleibsel eine große Rolle. Ein Ausländer ist eben ein Nichtdeutscher. Von vielen Einwanderern kann man hören: Wir können machen, was wir wollen, man würde uns doch nicht akzeptieren. Überspitzt gesagt: Wirtschaftlicher Erfolg ruft höchstens noch Neid hervor.

360°: Unterstellen Sie den Deutschen eine generelle Fremdenunfreundlichkeit?

Oberndörfer: Auf dem Sockel bestehender Fremdenunfreundlichkeit hat man in den letzten Jahren und Jahrzehnten unglaublich viel Demagogisches produziert. Der noch amtierende bayerische Innenminister Beckstein hat vor eini-

„Äußerungen unserer Politiker verzerren das Bild von Zuwanderung und erwecken in großen Teilen der Bevölkerung Furcht.“

ger Zeit in einem Interview behauptet, dass bis zu 1,4 Millionen Menschen in einem einzigen Jahr nach Deutschland eingewandert seien. Diese Aussage war absolut irreführend. Denn Beckstein gab nur die Zahl der Einwanderer an und lies die Zahl derjenigen, die im selben Zeitraum ausgewandert sind, völlig außer Acht. Er unterschlug dabei, dass der Saldo sogar negativ war. Gerade solche Äußerungen unserer Politiker verzerren das Bild von Zuwanderung und erwecken Furcht in großen Teilen der Bevölkerung.

360°: Gilt dieser Hang zur Demagogie für alle Parteien?

Oberndörfer: Diese Art von Äußerungen ist nicht parteipolitisch einzugrenzen. Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily sprach beispielsweise einmal davon, dass das Boot in Deutschland voll sei.

360°: Ist Multikulturalismus als Politikkonzept in Zeiten, in denen in Deutschland über Leitkultur und Parallelgesellschaften diskutiert wird, eine endgültig gescheiterte Utopie?

Oberndörfer: Multikulturalismus ist ein unsinniger Kampfbegriff. Gemeint ist doch eigentlich kultureller Pluralismus, der ein Nebeneinander unterschiedlicher kultureller Werte vorsieht. Ein solcher hat in Deutschland immer existiert, etwa in regionalen Unterschieden und insbesondere in religiösen Differenzen zwischen Protestanten und Katholiken. Deutschland ist eine pluralistische Gesellschaft und als solche durch das Grundgesetz geschützt. Dort steht, dass niemand durch seinen Glauben und seine Herkunft benachteiligt werden darf. Man muss sich klar machen, dass in dieser angeblich so homogenen deutschen Gesellschaft schon immer Konflikte herrschten, die aus unserem Pluralismus entstanden sind.

360°: Wie soll man in der Praxis mit diesen Konflikten umgehen?

Oberndörfer: Mit Konflikten, die aus Pluralismus erwachsen, kann und muss man leben. Ein demokratischer Staat muss sich bemühen, diese Gegensätze demokratisch zu lösen, beispielsweise über Aufklärung oder Zugang zu ökonomischem Erfolg. Wichtig ist zudem, im Bildungssektor die Chancen insbesondere auch der Zuwanderer zu erhöhen.

360°: Wie hängen Integration und Bildung genau zusammen?

Oberndörfer: Bei der Integration steht und fällt alles mit dem Faktor Bildung. Es muss uns gelingen, unser Bildungssystem zu verbessern, insbesondere hinsichtlich der Kinder von Zuwanderern. Studien zeigen: In manchen Ländern, etwa

„Bei der Integration steht und fällt alles mit dem Faktor Bildung.“

in Kanada, schneiden diese Gruppen besser ab als die Einheimischen. Bei uns sind sie in aller Regel stark benachteiligt. Hier muss etwas passieren, es müssen gewaltige Investitionen getätigt werden. Das ist eine Frage der Zuordnung von vorhandenen Ressourcen. Kurz gesagt: Weniger Schallschutzwände an Autobahnen, dafür bessere Schulen und Universitäten. Hier entscheidet sich das Schicksal Deutschlands.

360°: Was kann oder muss der Staat sonst noch tun, um die Integration zu verbessern?

Oberndörfer: Sprachtests und Sprachförderung sind natürlich unerlässlich. Aber denken Sie an diese Einbürgerungstests, die in Hessen angewandt werden. Dieser bürgerliche Mief! Was da gefragt wird, weiß vielleicht auch ein Schweizer oder ein Österreicher, aber deswegen wird er nicht zum Deutschen.

360°: Handelt es sich bei der derzeitigen Zuwanderungspolitik der Bundesregierung also um

nichts anderes als eine Neuauflage der Gastarbeiterstrategie, bei der einfach Ausländer ins Land geholt werden, um kurzfristig die Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen?

Oberndörfer: Bei der gegenwärtigen Zuwanderungspolitik begegnet man einer merkwürdigen Vergesslichkeit. Gegenüber Honeckers DDR wurde früher argumentiert, es sei ein Menschenrecht, auswandern zu dürfen. Die Mauer sei Unrecht. Heute wird genau andersherum argumentiert. Gegenüber Menschen, die zum Teil unter den unwürdigsten Bedingungen in ihrer Heimat

Oberndörfer: Die Politik hat große Angst vor den Stammtischen! Es ist einfach falsch, zu behaupten, Einwanderer nähmen Deutschen die Arbeitsplätze weg. Den bestehenden – und zwar immer kurzfristig bestehenden – Fachkräftemangel kann man doch wegen der mehrjährigen Ausbildungszeiten und aufgrund der freien Studienwahl gar nicht beheben. Rational ist deshalb nicht mehr nachvollziehbar, was in der deutschen Politik beim Thema Zuwanderung geschieht. Bei den Politikern besteht einfach diese Furcht, man könnte zwei, drei Prozent der Wählerstimmen verlieren. Und das, obwohl alle wissen, was das

„Bei den Politikern besteht einfach diese Furcht, man könnte zwei bis drei Prozent der Wählerstimmen verlieren...“

leben, die raus wollen aus ihrem Land, wird gesagt: Ihr müsst bleiben. Das ist ein starkes Stück. Ich finde, dass relativiert die Gastarbeiterfrage. Einwanderer sind Menschen, die zu uns wollen.

360°: Lassen Sie uns deshalb über die Steuerung der Zuwanderung sprechen. Im Experteninterview der 360° 1/2007 hatte Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut geurteilt, dass das Zuwanderungsgesetz von 2005 auf halber Strecke stehen geblieben sei. Wie sehen Sie das?

Oberndörfer: Ich teile Herrn Straubhaars Einschätzung in dieser Frage. Das Zuwanderungsgesetz stellt genau genommen ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz dar. Die kleine Lücke, die hier geöffnet wurde, ist für Hochqualifizierte mit Stellenzusage und festen Einkünften von mindestens 85.000 Euro oder für Investoren, die eine halbe Million Euro ins Land bringen und fünf Arbeitsplätze schaffen. Das ist natürlich ein Witz. Um das zu verdeutlichen: Im letzten Jahr sind insgesamt weniger als tausend Menschen nach Deutschland eingewandert. Vergleichen Sie das mal mit der Schweiz: Dort haben im vergangenen Jahr 13.000 Deutsche eine Arbeitserlaubnis erhalten.

360°: Wieso scheuen sich so viele Politiker offen auszusprechen, dass wir Zuwanderung brauchen?

Problem ist. Hinter vorgehaltener Hand erkennen es die meisten an, erklären aber, sie könnten nicht handeln, da die geeigneten Maßnahmen politisch nicht durchsetzbar seien. Das ist eine Kapitulation der Politik, ein Verzicht auf notwendige Führungsaufgaben. Man muss den Menschen sagen, was für die gesamte Gesellschaft gut ist. Und im Hinblick auf die Zukunft ist das Zuwanderung.

360°: Unter vielen Experten gilt das Punktesystem, das die Süßmuth-Kommission im Jahre 2001 vorgeschlagen hat, als eines der besten Mittel zur Steuerung von Zuwanderung. Hier kann der Zuzug je nach Bedarf flexibel und schnell über einen Punktekatalog koordiniert werden. Ist eine solche Klassifizierung und Auslese zwischen guten und schlechten Einwanderern aber ethisch nicht höchst problematisch?

Oberndörfer: Der Einwand ist verständlich, aber ich möchte zunächst Folgendes entgegenen. Erstens: Eigennutz ist nicht verwerflich. Zweitens: Es gibt keine menschliche Handlung, die nicht ambivalent ist. Drittens müssen bei Zuwanderung selbstverständlich auch humanitäre Aspekte berücksichtigt werden. Nur zu sagen, wir nehmen ausschließlich diejenigen, die uns am meisten nützen – das kann man nicht durchhalten. Es widerspricht der Würde des Menschen. Die Legitimation einer steuernden Zuwanderung basiert

„Das Zuwanderungsgesetz stellt genau genommen ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz dar.“

zu großen Teilen auf einer Großzügigkeit im humanitären Bereich, etwa bei Flüchtlingen.

360°: Wie beurteilen Sie denn das Ausmaß der humanitären Großzügigkeit, beispielsweise im Flüchtlingsrecht?

Oberndörfer: Der Staatsrechtler Theodor Maunz, der einen bedeutenden Kommentar zum Grundgesetz verfasst hat, hat diese „Deutschenrechte“ genannt. Das passt überhaupt ins Bild: Von Maunz ist ja bekannt, dass er sich als Professor in München viele Jahre mit Gerhard Frey, dem Herausgeber der Deutschen National-Zeitung, freundschaftlich verbunden zum Frühschoppen traf. In der Flüchtlingspolitik böte sich unserem immer noch reichen Staat die Möglichkeit, sich in einem überschaubaren Bereich und zu einem überschaubaren Preis menschlich zu verhalten. Da muss ich leider feststellen: Wir haben nichts gelernt. Es ist höchst problematisch, wenn wir uns gegenüber Flüchtlingen weiterhin so unmenschlich verhalten. Menschenwürde ist Menschenwürde. Flüchtlingen müsste man sogar sagen: Schau Dich in Europa um, ob Du nicht woanders humaner behandelt wirst.

360°: Das Asylbewerberleistungsgesetz sehen Sie wahrscheinlich ähnlich kritisch.

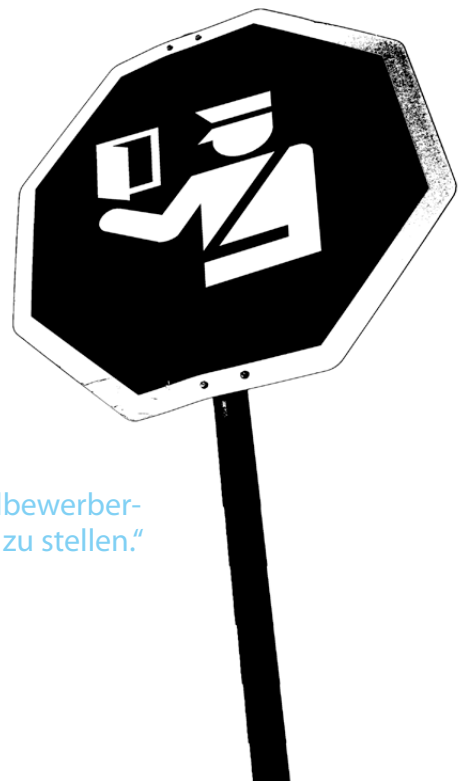
Oberndörfer: Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, Zahlungen sehr stark und deutlich unter Sozialhilfeniveau zu begrenzen. Wie soll das fürs Leben reichen? Das alles in einem Land, in das ohnehin kaum jemand einwandert. Deutschland ist schrecklich knauserig bei Asylbewerber-

leistungen, nur um die Stammtische zufrieden-zustellen. Und zwar am rechten wie am linken Rand.

360°: Waren die Regelungen im deutschen Flüchtlings- und Asylrecht denn nicht immer schon so restriktiv?

Oberndörfer: Nein. Früher war Deutschland – nicht zu unrecht – noch stolz auf sein Flüchtlingsrecht, auf Regelungen wie das politische Asyl. Aber heute ist dieser fette deutsche Staat in Flüchtlings- und Asylangelegenheiten klein-kariert, sogar unmenschlich. Wenn man mit Vergangenheitsbewältigung moralische Defizite aufarbeiten will, hätte man hier doch eine Möglichkeit. Ohne große Kosten könnte man im Bereich der Flüchtlingsaufnahme einfach menschlich sein. Bei den gegenwärtigen Bedingungen und Zuständen, etwa in den Flüchtlingslagern, werden Menschen kaputtgemacht. Die deutsche Politik ist hier entmoralisiert.

360°: Also handelt es sich bei Zu- und Einwanderung um einen Wert an sich, unabhängig von ökonomischen oder demographischen Argumenten? Sollte dieser nicht viel stärker propagiert werden?



„Deutschland ist schrecklich knauserig bei Asylbewerberleistungen, nur um die Stammtische zufrieden zu stellen.“

„Nichtintegration erzeugt weit größere Kosten, doch das hat sich in vielen Köpfen leider noch nicht festgesetzt.“

Oberndörfer: Wie man es macht, macht man es falsch. Einerseits haben sie völlig recht: Die ethische Argumentation muss stärker in den Vordergrund treten. Andererseits gibt es auch eine politische Verantwortung für die Zukunft des Landes, die sich etwa ökonomisch definiert. Wir müssen Menschen, die qualifiziert sind und zu uns wollen, diese Möglichkeit im beiderseitigen Interesse auch geben. Denken Sie noch einmal an Honecker. Bei uns gibt es diese Unfähigkeit, pragmatisch zu sein. Ich wäre deshalb – trotz aller gerechtfertigten Einwände – für ein Punktesystem.

360°: Zuwanderung ist von Integration nicht zu trennen. Was muss die Mehrheitsgesellschaft für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern beitragen?

Oberndörfer: Das wird ja häufig unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ diskutiert. Ich bin bei dieser Aufteilung etwas skeptisch. Es ist für die Mehrheitsgesellschaft ein fundamentales Interesse, dass Zuwanderer sich integrieren. Dafür muss man alles tun. Dazu gehört auch, Zuwanderung als Bereicherung darzustellen und Integration nicht als große Konzession. Integration ist unser Interesse, denn die Zuwanderer sind bereits da und werden immer da sein. Nichtintegration erzeugt weit größere Kosten, doch das hat sich in vielen Köpfen leider noch nicht festgesetzt.

360°: Vor wenigen Wochen wurde das neue Integrationsgesetz beschlossen, das die Süddeutsche Zeitung mit den Worten kommentierte: „Fordern und Strafen“.

Oberndörfer: Völlig zu recht.

360°: In dem Kommentar heißt es weiter, dass das Gesetz von der Angst vor dem Fremden geprägt sei. Sehen Sie trotzdem positive Aspekte der neuen Regelungen?

Oberndörfer: Das Positive ist die neue Chance der bisher Geduldeten auf ein vorläufiges Bleiberecht. Es ist aber immer noch kein echtes Bleiberecht, denn die Geduldeten können durchaus weiterhin abgeschoben werden, wenn sie bis 2009 keine Arbeit finden. Ich sehe sonst nichts an dem Gesetz, dass das gesamte Knäuel von Problemen auflöst. Es ist das Gesetz einer halb-sklerotischen, alternden Gesellschaft. Furchtbar! Zusammen mit der Verlängerung des Freizügigkeitsstopps für Bürger aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten bis 2013 ergibt sich ein Gesamtbild: Bloß keine Zuwanderung, keine Ausländer.

360°: Wie bewerten Sie die öffentlichen Reaktionen?

Oberndörfer: Es gibt sie kaum. Ich hatte einen Widerhall in der deutschen Gesellschaft erwartet, aber er kommt nicht. Es regt sich kaum jemand mehr auf, wir gehen einfach zur Tagesordnung über. Doch die Verantwortung sehe ich erst einmal beim Staat.

360°: Welche Rolle soll denn der Staat generell in Integrationsfragen einnehmen? Sollte sich der Staat nicht eher etwas zurücknehmen?

Oberndörfer: Nein, Regeln muss es geben. Reines Laissez-faire in Integrationsfragen halte ich für höchst problematisch. Benachteiligung zu verhindern ist in der Praxis ungemein schwierig, muss aber immer der Maßstab sein. Ich würde mir aber auch mehr symbolische Akte des Staates wünschen. Warum spricht der Bundespräsident am Tag der Deutschen Einheit nicht mal von den über eine Million Zuwanderern, die deutsche Staatsbürger sind? Auch die gehören dazu. Und das würde die Akzeptanz von Zugewanderten sicherlich steigern. Das Wichtigste ist Akzeptanz. Bei meinen Gesprächen mit Ausländern und Ausländervertretern höre ich jedes Mal, dass sie sich nicht wirklich angenommen fühlen. Dennoch: Ich bin nicht mehr so pessimistisch wie

noch vor einigen Jahren. In einigen Bereichen läuft es überraschend gut.

360°: Nennen Sie ein paar Beispiele für gelungene Integration.

„Wir müssen endlich unsere nationalen Interessen erkennen. Und die sprechen angesichts der ökonomischen und demographischen Situation eindeutig für eine Öffnung.“

Oberndörfer: Ich habe vor wenigen Tagen ein Buch von Omid Nouripour gelesen, einem in Teheran geborenen Bundestagsabgeordneten der Grünen. Ein wunderbares Beispiel für gelungene Integration. Oder nehmen Sie etwa Cem Özdemir. Erfolgreiche Integrationsprozesse laufen überall in unserer Gesellschaft ab, häufig in aller Stille. In der Politik sind sie natürlich sehr gut sichtbar.

360°: Lassen Sie uns noch einmal zur Anfangsfrage zurückkehren: Was müsste sich in Deutschland ändern, damit Sie einem Ausländer empfehlen könnten, nach Deutschland einzuwandern?

Oberndörfer: Was uns selbst betrifft: Wir müssen endlich unsere nationalen Interessen erkennen. Und die sprechen angesichts der ökonomischen und demographischen Situation eindeutig für eine Öffnung. Wir brauchen eine Steuerung nach dem Vorbild anderer Einwanderungsländer. Und auch jenseits jeglicher ökonomischen Rationalität besteht ein Legitimationsproblem: Bei uns zielt zuwanderungspolitisch momentan alles auf Abschreckung. Wir müssen und dürfen in der Zuwanderungspolitik nicht nur auf kurzfristige Nützlichkeitsabwägungen abheben. Damit schießen wir uns letztlich selbst ins Bein!

^o Dieter Oberndörfer ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er forscht weiterhin am ebenfalls in Freiburg ansässigen Arnold-Bergsträsser-Institut für kulturwissenschaftliche Forschung und ist Vorstandsmitglied des Rates für Migration. Vor kurzem erschien sein Beitrag: Einwanderungsland Deutschland: Worüber reden wir eigentlich? In: Siegfried Frech/Karl-Heinz Meier-Braun (Hrsg.): Offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration. Schwalbach, Wochenschau Verlag, 2007, S. 59–88.

^o Links

Homepage Dieter Oberndörfer

www.politik.uni-freiburg.de/mitarbeiter/oberndoefer.php

Arnold-Bergsträsser-Institut

www.arnold-bergstraesser.de

Rat für Migration

www.rat-fuer-migration.de